

Online Magazin IAB-Forum

„Wir sehen gute Integrationsperspektiven für die ukrainischen Geflüchteten“

Christiane Keitel



Der Krieg in der Ukraine hat die größte Fluchtbewegung innerhalb Europas seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Jeden Tag kommen tausende Geflüchtete in Deutschland an. Unterbringung, Schulbildung für die Kinder, Sprachunterricht und weitere Unterstützungsangebote zu organisieren, sind große Herausforderungen für Politik und Gesellschaft, wie Yuliya Kosyakova und Herbert Brücker in zwei aktuellen IAB-Forschungsberichten ausführen. Die Redaktion des IAB-Forum hat nachgefragt.

Wenn Sie die jetzigen Fluchtbewegungen von der Ukraine nach Europa anschauen – wie unterscheidet sich die Situation von der Flüchtlingskrise 2015?



Prof. Dr. [Herbert Brücker](#) ist Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung und Leiter des Forschungsbereichs „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am IAB.

Herbert Brücker: Die Situation ist in vieler Hinsicht anders: Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist erst vor kurzem ausgebrochen, es verteidigt eine reguläre Armee das Land gegen die völkerrechtswidrige Invasion russischer Truppen und die Grenzen der EU stehen durch die Visumsfreiheit und die Aktivierung der [Massenzustrom-Richtlinie](#) offen. Dies hat in kurzer Zeit die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausgelöst. All dies war beispielsweise für die größte Gruppe unter den Geflüchteten des Jahres 2015, die Syrerinnen und Syrer, anders: Der Krieg dauerte damals bereits fast fünf Jahre an, hatte zwischen 200.000 und 400.000 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung gefordert und die bewaffneten Widerstandsgruppen in der Bevölkerung standen – auch durch die Intervention Russlands, militärisch kurz vor dem Zusammenbruch. Eine reguläre Migration in die EU war nicht möglich, sondern nur eine irreguläre Migration über die vergleichsweise riskanten Mittelmeerrouten. Dies hatte großen Einfluss auf die Struktur der Migration: Damals schafften es vor allem alleinstehende junge Männer, die EU zu erreichen. Heute sind nach Angaben von UNICEF fast die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten Kinder, und unter der erwachsenen Bevölkerung fast nur Frauen und Ältere – auch aufgrund der Generalmobilmachung in der Ukraine und des Ausreiseverbots für Männer zwischen 18 und 60 Jahren.

Yuliya Kosyakova: Die Unterschiede zwischen 2015 und heute sehe ich auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Schon damals haben wir zumindest anfangs eine umfassende und starke Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten gesehen, die im Wesentlichen muslimisch, jung und männlich waren. Die Willkommenskultur jetzt scheint das noch zu übertreffen – wohl auch wegen des Gefühls der kulturellen Nähe, das viele Deutsche empfinden. Auch die geografische Nähe spielt eine Rolle: Viele Deutsche fühlen sich stark vom Krieg betroffen. Viele sind auch eher bereit, Frauen und Kinder bei sich aufzunehmen, als Männer. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass ein großer Anteil der jetzigen Willkommenskultur sowie des ehrenamtlichen Engagements aus der russisch- und ukrainisch-stämmigen Bevölkerung kommt. Über ein solch großes Netzwerk verfügten die Geflüchteten 2015 nicht.

2015 musste die Infrastruktur für die Integration von Geflüchteten erst aufgebaut werden.

Was haben wir aus 2015 gelernt?



Dr. [Yuliya Kosyakova](#) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am IAB und leitet zudem die Arbeitsgruppe „Folgen der Corona-Pandemie“.

Kosyakova: Wir haben viel gelernt. 2015 musste die Infrastruktur für die Integration von Geflüchteten erst aufgebaut werden. So ist erst im Herbst 2015 gesetzlich ermöglicht worden, dass Asylbewerber bereits während ihres laufenden Asylverfahrens an Integrationskursen teilnehmen dürfen, und auch das gilt nur bei Asylbewerbern aus Ländern mit guter Bleibeperspektive. Ergänzend zu den Integrationskursen hat man damals auch eine Reihe von berufsspezifischen Deutschkursen und Maßnahmen eingeführt. Hier hat die deutsche Politik auch mithilfe der Daten des IAB, zum Beispiel der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten, Evidenz dafür erhalten, worauf es bei der Integration ankommt.

Unsere Studien zeigen etwa, dass die Teilnahme an Sprachkursen und Weiterbildungen den Geflüchteten sehr geholfen haben, auf dem deutschen Arbeitsmarkt anzukommen. Außerdem haben wir gesehen, dass die frühzeitige und nachhaltige Integration von geflüchteten Frauen stark von der Integration ihrer Kinder in das Bildungs- und Betreuungssystem abhängt. Frauen, die zuhause kleine Kinder betreuen müssen, nehmen deutlich seltener an Sprachkursen teil. Für sie müssen wir also während der Kursteilnahme eine Betreuungsalternative für ihre Kinder schaffen.

Brücker: Wir haben nicht nur eine Integrationsinfrastruktur aufgebaut und aus den vielen Integrationsprogrammen wichtige Erfahrungen gesammelt, sondern inzwischen auch das Asylsystem umgebaut. 2015 war das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Engpass für die Integration. Die Asylverfahren haben lange gedauert, teilweise mehrere Jahre. Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass neben dem Ausgang der Asylverfahren auch ihre Länge die Arbeitsmarktintegration nachhaltig beeinträchtigen kann. Die Beschleunigung der Asylverfahren 2016 hat da geholfen. Durch die Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie wird das jetzt nochmals vereinfacht, die ukrainischen Geflüchteten erhalten ohne Asylverfahren eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis von einem Jahr. Das erleichtert vieles – für die Betroffenen, aber auch für die Verwaltung.

Welche Integrationsperspektiven sehen Sie für die ukrainischen Geflüchteten in Deutschland?

Brücker: Das hängt zuerst davon ab, wie sich die Lage in der Ukraine entwickelt. Es ist noch völlig offen, wie viele Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben oder in ihr Heimatland zurückkehren wollen. Auch wissen wir nicht, wie viele Menschen noch kommen werden, beispielsweise auch durch den Nachzug der Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Im Moment geht es vorranglich um Sicherheit und humanitäre Fragen, erst dann kommen die mittel- und langfristigen Integrationsperspektiven. Grundsätzlich bringen die erwachsenen Geflüchteten aus der Ukraine günstige Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration mit: Der Anteil der Hochschulabschlüsse ist in der Ukraine höher als in Deutschland. Allerdings werden viele Qualifikationen, die bei uns im

dualen Ausbildungssystem erworben werden, dort an Hochschulen vermittelt. Im Vergleich zu vielen anderen Migrantengruppen können wir aber von einem hohen Bildungsniveau sprechen. Das trifft auf einen Arbeitsmarkt in Deutschland, der eine hohe [Arbeitsnachfrage](#) von den akademischen Tätigkeitsfeldern bis hin zu Helfer- und Anlerntätigkeiten hat. Allerdings, auch das zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit, kann dieses hohe Humankapital nicht leicht in den Arbeitsmarkt transferiert werden: Es üben zwar 30 Prozent der ukrainischen Arbeitskräfte in Deutschland komplexe Experten- und Spezialistentätigkeiten aus, aber auch 30 Prozent Helfer- und Anlerntätigkeiten. Es kommt also, zumindest zu Beginn, auch zu einer Entwertung des [Humankapitals](#). Dennoch sind die mittel- und langfristigen Integrationsperspektiven vergleichsweise günstig – wenn die Menschen aus der Ukraine hier bleiben wollen oder müssen.

Kosyakova: Für die Integration könnte es außerdem vorteilhaft sein, dass die deutschen Behörden sowie die Arbeitgeber bereits vielfältige Erfahrungen mit Migrantinnen und Migranten aus der Ukraine haben, sodass die ausländischen Abschlüsse der Neuzuwanderer einfacher anerkannt werden können.

Die künftigen Integrationschancen hängen wesentlich davon ab, wie gut die Betreuung der Kinder gelingt.

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen bei der Integration?

Brücker: Die Familienkonstellationen. Die künftigen Integrationschancen hängen wesentlich davon ab, wie gut die Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen gelingt. Auch verfügt wahrscheinlich nur ein recht kleiner Teil der Geflüchteten über gute Deutschkenntnisse. All dies spricht dafür, dass zwar die mittelfristigen Integrationsperspektiven gut sind, dass aber die Arbeitsmarktintegration auch zunächst einmal, ähnlich wie bei anderen Geflüchteten, längere Zeiträume in Anspruch nimmt.

Kosyakova: Damit die Integration gelingt, wird es nicht nur auf die Aufnahmekapazitäten der Wirtschaft, sondern auch auf die Aufnahmegesellschaft ankommen. Von der Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten, den Integrationsbemühungen und der Unterstützung durch Politik, Verwaltung und dem Bildungssystem – davon wird der Erfolg maßgeblich abhängen. Auch werden die Geflüchteten aus der Ukraine, wie alle anderen Migrantinnen und Migranten, unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt verändern. Integration ist immer auch ein wechselseitiger Prozess.

Die Mitgliedsstaaten der EU haben sich darauf verständigt, die sogenannte „Massenzustrom-Richtlinie“ zu aktivieren. Können Sie erklären, was dies für die Geflüchteten bedeutet?

Brücker: Die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie wurde vor dem Hintergrund der Jugoslawien-Kriege beschlossen, bisher aber nie aktiviert. Sie sieht im Kern drei Dinge vor: Erstens gewährt sie den Geflüchteten zunächst ohne Asylverfahren eine Aufenthaltserlaubnis von einem Jahr. Dies kann von der EU auf bis zu drei Jahre verlängert werden. Das vereinfacht und beschleunigt die Integration, weil der Flaschenhals der Asylverfahren umgangen wird.

Zweitens ermöglicht die Richtlinie, in Verbindung mit der Visumsfreiheit für Staatsangehörige aus der Ukraine, die Weitermigration in jeden beliebigen EU-Mitgliedsstaat. Allerdings ermöglicht die Richtlinie auch eine Verteilung der Geflüchteten auf die Mitgliedsstaaten. Das entlastet die Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen. Dies ist in seiner Wirkung nicht zu unterschätzen, weil damit die Aufnahmebereitschaft und damit das Offenhalten der Grenzen gesichert wird. Damit sinkt das Risiko eines Scheiterns des europäischen Asylsystems wie 2015.

Das gleiche gilt für den dritten Punkt: Die Richtlinie ermöglicht, dass EU-Mitgliedsstaaten, die Geflüchtete aufnehmen, dafür kompensiert werden können, unter anderem durch den Flüchtlingsfonds. Das ist sehr zu begrüßen. Geflüchtete sind keine Gegenstände, die man beliebig verschieben kann. Sie sollten, soweit die Aufnahmekapazitäten das ermöglichen, über ihr Aufenthaltsland und den Wohnort selbst entscheiden. Aber die Kosten der Schutzgewährung sollten fair nach Wirtschaftskraft und Bevölkerung über die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft verteilt werden.

Deutschland darf die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Was muss die deutsche Politik bei der Umsetzung dieser Richtlinie jetzt beachten?

Kosyakova: Deutschland darf die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen – damit meinen wir die Verteilung der Geflüchteten über den [Königsteiner Schlüssel](#). 2015 und 2016 wurden die Geflüchteten aufgrund dieses Schlüssels überdurchschnittlich oft in strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit angesiedelt. Die Wohnsitzauflage hat dies noch verstärkt. Das hat die Beschäftigungschancen der Geflüchteten jedoch nachhaltig verringert. Wenn wir jetzt die Geflüchteten wieder auf die wirtschaftsschwachen Regionen verteilen, wird das gleiche passieren. Deshalb sollten wir stärker die regionalen Arbeitsmärkte und Integrationsmöglichkeiten berücksichtigen: Geflüchtete sollen dort ansiedeln dürfen, wo sie gute Perspektiven haben. Da spielt vor Ort zum Beispiel die Zahl der Integrationskursangebote eine Rolle, ebenso die vorhandenen psychologischen Angebote zur Aufarbeitung von traumatischen Erfahrungen, und wegen des hohen Kinderanteils natürlich auch die Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Für die Geflüchteten, die bereits über Netzwerke in Deutschland verfügen, sollte es, soweit es geht, möglich gemacht werden,

in deren Nähe anzusiedeln – die Wissenschaft hat längst die positiven Effekte der sozialen Netzwerke auf die Arbeitsmarktintegration bewiesen.

Integrationspolitisch wäre außerdem wichtig, den Ankommenden eine längere Perspektive zu bieten, beispielsweise eine Aufenthaltserlaubnis von drei Jahren. So schaffen wir gute Anreize für sie, Deutsch zu lernen, Kurse zu besuchen, in Bildung zu investieren und sich für unseren Arbeitsmarkt zu qualifizieren – und für die Unternehmen schaffen wir Perspektiven, die Geflüchteten auch einzustellen. Um rasch am Arbeitsmarkt anzukommen, wäre es sinnvoll, wenn die Geflüchteten von vornherein auch bei den [Jobcentern](#) registriert werden, und im Bedarfsfall direkt von dort Grundsicherung erhalten. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass Geflüchtete, die von den Jobcentern betreut werden, häufiger an Förderprogrammen teilnehmen, die Arbeitsvermittlung mehr in Anspruch nehmen – und schneller einen Job finden.

Literatur

Brücker, Herbert (2022): [Geflüchtete aus der Ukraine: Eine Einschätzung der Integrationschancen](#), IAB-Forschungsbericht Nr. 4.

Brücker, Herbert; Goßner, Laura; Hauptmann, Andreas; Jaschke, Philipp; Kassam, Kamal; Kosyakova, Yuliya; Stepanok, Ignat (2022): [Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung](#), IAB-Forschungsbericht Nr. 2.

DOI: [10.48720/IAB.FOO.20220329.01](https://doi.org/10.48720/IAB.FOO.20220329.01)

Zitationshinweis

Christiane Keitel: „Wir sehen gute Integrationsperspektiven für die ukrainischen Geflüchteten“, In: Online Magazin IAB-Forum, <https://iab-forum.de/wir-sehen-gute-integrationsperspektiven-fuer-die-ukrainischen-gefluechteten/>, Abrufdatum: 24. April 2026

Lizenzhinweis

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0):

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>